

Förderung der Jugendarbeit nach SGB VIII/KJHG

Vorab eine kleine Warnung: das Folgende liest sich leider nicht sehr leicht, obwohl wir uns bemüht haben, möglichst verständlich zu bleiben. Aber Gesetzestexte haben nunmal die Angewohnheit, allumfassend zu sein und damit sind sie auch kaum in kleine, mundgerechte Happen zu verteilen. Dennoch ist insbesondere für hauptamtliche MitarbeiterInnen, aber auch jugendpolitische Akteure wichtig, über das KJHG/SGB VIII Bescheid zu wissen. Im Folgenden geben wir Euch einen Überblick, den wir uns mithilfe des SGB VIII, des „Frankfurter Kommentars“ und der Arbeitshilfen vom Landesjugendring Baden-Württemberg erarbeitet haben. („Rechtsgutachten zur kommunalen Förderung der Jugendarbeit nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz“, Hannelore Häber, Reutlingen und „Wegweiser durch den Paragraphendschungel“ – die Arbeitshilfe für Rechtsfragen in der Jugendarbeit „beide Bereschüren wurden im Auftrag des LJR Baden-Württemberg erstellt und sind unter www.ljr-bw.de im Servicebereich zu bestellen)

1. Stellenwert und Grundbegriffe des KJHG

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (abgekürzt: KJHG oder SGB VIII) ist die zentrale gesetzliche Grundlage der Kinder- und Jugendhilfe in der Bundesrepublik Deutschland und regelt damit auch die Rahmenbedingungen für Jugend- und Jugendverbandsarbeit.

Das KJHG löste am 3. Oktober 1990 in den fünf neuen Bundesländern und am 1. Januar 1991 in den alten Bundesländern das seit 1961 bestehende Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG) ab, das wiederum im wesentlichen identisch mit dem Reichsjugendwohlfahrtsgesetz von 1922 war.

Für die Umsetzung des Bundesgesetzes in den jeweiligen Ländern gelten in Verbindung mit dem SGB VIII nochmals eigene Länderrechte, im Freistaat Thüringen das „Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetz“ (ThürKJHAG) in seiner Fassung von 1999.

Ergänzt werden diese gesetzlichen Bestimmungen durch Verwaltungsvorschriften der Ministerien und des überörtlichen Trägers der Jugendhilfe.

1.1 Begriffserklärungen

Um im Dschungel der Begrifflichkeiten nicht von vorneherein hoffnungslos unterzugehen, hier ein paar Definitionen und Erklärungen der am häufigsten gebrauchten Begriffe:

Sozialgesetzbuch (SGB): Das KJHG ist als Achstes Buch Teil des Sozialgesetzbuches. Im Sozialgesetzbuch wird das in Einzelgesetzen geregelte Sozialrecht gebündelt. Es ist also eine umfassende Gesetzessammlung, mit der Rechtsvorschriften zusammengefasst und somit verständlicher und besser aufeinander abgestimmt werden sollen.

Bisher gibt es 8 sogenannte „Bücher“ im SGB:

- das erste Buch: Allgemeiner Teil
- das vierte Buch: Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung
- das fünfte Buch: Gesetzliche Krankenversicherung
- das sechste Buch: Gesetzliche Rentenversicherung
- das siebte Buch: Gesetzliche Unfallversicherung
- das achte Buch: Kinder- und Jugendhilfe
- das zehnte Buch: Verwaltungsverfahren, Schutz der Sozialdaten
- das elfte Buch: Pflegeversicherung

Kinder- und Jugendhilfe: Mit "Kinder- und Jugendhilfe" sind alle Aufgaben, Angebote und Leistungen gemeint, die im KJHG - aber auch in anderen Rechtsgrundlagen, wie z.B. dem Jugendschutzgesetz - festgelegt sind (z.B. genügend Kindergartenplätze, die Angebote der Jugendarbeit oder Hilfeleistungen in Beratungsstellen...). Angebote der Kinder- und Jugendhilfe wollen also – vereinfacht ausgedrückt - Eltern in der Erziehung ihrer Kinder zu selbstverantwortlichen Persönlichkeiten unterstützen (in Ergänzung zu Schule und Berufsausbildung).

Anmerkung: Darin liegt übrigens auch der entscheidende „Webfehler“ dieses Gesetzes: einen einklagbaren Rechtsanspruch auf Leistungen und Hilfen haben nur Eltern. Kinder und Jugendliche sind zwar zu beteiligen, ein Rechtsanspruch – ggf. gegen die eigenen Eltern – liegt jedoch nicht vor. (Und im Vorgriff auf den Abschnitt zur Jugendarbeit: Ebensowenig kann Kind und jugendlicher Angebote der Jugendarbeit rechtlich einklagen.)

Jugendhelfeträger: Wenn man von Jugendhelfeträgern redet, unterscheidet man zwischen öffentlichen Trägern und freien Trägern. Öffentliche Träger sind auf örtlicher Ebene die Kreise und kreisfreien Städte und auf überörtlicher Ebene die Landesjugendämter. Freie Träger sind sog. "unabhängige, gemeinnützige Körperschaften", d.h. z.B. die Jugendverbände, die Kirchen oder die Wohlfahrtsverbände, die eigenverantwortlich Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe übernehmen. Finanzielle Mittel erhalten freie Träger vor allem über Leistungsentgelte und über Finanzen aus öffentlich-rechtlichen Haushalten. Damit einher geht sowohl die Gefahr einer weitgehenden Einmischung der (Haushalts-)Politik in Inhalte der Arbeit, („Wer zahlt schafft an...“), bzw. die Förderung von Konkurrenzen unter den freien Trägern.

Jugendhilfeplanung: Jugendhilfeplanung bezeichnet die Bestandsaufnahme, Bedürfnisermittlung und mittel- und langfristige Maßnahmenplanung im Bereich der Jugendhilfe. Nach dem KJHG müssen die anerkannten freien Träger (also auch die Jugendarbeit) an der Jugendhilfeplanung beteiligt werden. Jugendhilfeplanung muss die Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der Betroffenen (d.h. der Kinder und Jugendlichen) berücksichtigen.

Aufbau des KJHG: Das KJHG ist in zehn Kapitel aufgeteilt, die wiederum in Abschnitte und Unterabschnitte untergliedert sind. Insgesamt umfasst es 105 Paragraphen. Die thematische Bandbreite deckt die genauen Beschreibungen der Leistungen der Jugendhilfe, geht über Jugendhilfeplanung bis zur Kostenzuständigkeit.

1.2 Jugendarbeit innerhalb der Jugendhilfe und die für die Jugendarbeit relevanten Gesetzesteile

Eigentlich hat die Jugendarbeit einen hohen Stellenwert innerhalb der Gesellschaft. Das haben auch die Macherinnen und Macher des SGB VIII erkannt und die Jugendarbeit als Teil der Jugendhilfe eigens erwähnt (kommt dann im § 11) Der Begriff "Jugendhilfe" umfasst alle Aktivitäten, Einrichtungen und Maßnahmen, die Jugendliche unterstützend zu Familie und Schule bzw. Beruf begleiten sollen. Dies wird in § 1 KJHG sehr ausführlich beschrieben.

Allgemeine Vorschriften::

§1 Recht auf Erziehung, Elternverantwortung, Jugendhilfe

(1) *"Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit."*

(2) *Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.*

(3) Jugendhilfe soll zur Verwirklichung des Rechts nach Absatz 1 insbesondere junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung fördern und dazu beitragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen, Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Erziehung beraten und unterstützen, Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl schützen, dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.“

Instrumente dafür:

§ 2 Aufgaben der Jugendhilfe

Die Jugendhilfe umfasst Leistungen und andere Aufgaben zugunsten junger Menschen und Familien.

(2) Leistungen der Jugendhilfe sind Angebote der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes (§§ 11 bis 14),

.....

Gemeinsam mit der Jugendsozialarbeit und dem erzieherischen Kinder- und Jugendschutz wird in dieser Auflistung der zu erfüllenden Leistungen und Aufgaben die Jugendarbeit als erstes genannt und unterstreicht damit die Bedeutung, die ihr vom Gesetz eingeräumt wird.

Träger für die im SGB VIII aufgeführten Leistungen der Jugendhilfe sind:

§ 3 Freie und öffentliche Jugendhilfe

(1) Die Jugendhilfe ist gekennzeichnet durch die Vielfalt von Trägern unterschiedlicher Wertorientierung und die Vielfalt von Inhalten, Methoden und Arbeitsformen.

(2) Leistungen der Jugendhilfe werden von Trägern der freien Jugendhilfe und von Trägern der öffentlichen Jugendhilfe erbracht. Leistungsverpflichtungen, die durch dieses Buch begründet werden, richten sich an die Träger der öffentlichen Jugendhilfe.

Ein Großteil der Jugendarbeitsangebote wird von freien Trägern, insbesondere Jugendverbänden übernommen(vgl. § 12).Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass für den Leistungskatalog, zu dem auch die Jugendarbeit zählt, die öffentliche Jugendhilfe die Gesamtverantwortung hat (vgl. § 79).

Der folgende Paragraph regelt das Zusammenspiel der unterschiedlichen Träger und Verantwortungen:

§ 4 Zusammenarbeit der öffentlichen Jugendhilfe mit der freien Jugendhilfe

(1) Die öffentliche Jugendhilfe soll mit der freien Jugendhilfe zum Wohl junger Menschen und ihrer Familien partnerschaftlich zusammenarbeiten. Sie hat dabei die Selbständigkeit der freien Jugendhilfe in Zielsetzung und Durchführung ihrer Aufgaben sowie in der Gestaltung ihrer Organisationsstruktur zu achten.

(2) So weit geeignete Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen von anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe betrieben oder rechtzeitig geschaffen werden können, soll die öffentliche Jugendhilfe von eigenen Maßnahmen absehen.

(3) Die öffentliche Jugendhilfe soll die freie Jugendhilfe fördern und dabei die verschiedenen Formen der Selbsthilfe stärken.

Kommunal, d.h. öffentlich bestellte Fachkräfte haben in der Regel eng mit den Jugendverbänden und freien Trägern von Jugendtreffs zusammen zu arbeiten und beachten dabei die genannten Regeln der Zusammenarbeit und Subsidiarität. Subsidiarität ist ein gesellschaftspolitisches Prinzip, nach dem übergeordnete, gesellschaftliche Einheiten nur solche Aufgaben übernehmen sollen, zu deren Wahrnehmung untergeordnete Einheiten nicht in der Lage sind. Abgestuft sind diese Einheiten: Bund, Land, Landkreis und kreisfreie Stadt, kreisangehörige Städte und Gemeinden, Freie Träger, Familien. Unter dem Begriff „subsidiär“ wird demnach eine unterstützende Hilfe verstanden, die in erster Linie der Selbsthilfe zu dienen hat. Beides also im Sinne einer Nachrangigkeit. Allerdings ist damit auch die Forderung verbunden, dafür notwendige, aber fehlende Einrichtungen und Angebote seitens der öffentlichen Jugendhilfe selbst zu initiieren oder durchzuführen, gesetzlich verankert. Die vorgeschriebene Förderung kann sowohl finanzielle wie personelle Formen aufweisen. (Näheres dazu regelt § 74)

Der Rechtsanspruch Personensorgeberechtigter auf bestimmte Leistungen der Jugendhilfe wird ergänzt durch eine Beteiligungsformel für die betroffenen Kinder:

§ 8 Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

(1) Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen.

(2) Kinder und Jugendliche haben das Recht, sich in allen Angelegenheiten der Erziehung und Entwicklung an das Jugendamt zu wenden.

Diese gesetzliche Vorgabe wird noch verstärkt durch die Berücksichtigung und Gleichstellung spezifischer Persönlichkeitsmerkmale:

§ 9 Grundrichtung der Erziehung, Gleichberechtigung von Mädchen und Jugend

Bei der Ausgestaltung der Leistungen und der Erfüllung der Aufgaben sind.

...

(2) die wachsende Fähigkeit und das wachsende Bedürfnis des Kindes oder des Jugendlichen zu selbständigem, verantwortungsbewussten Handeln sowie die jeweiligen besonderen sozialen und kulturellen Bedürfnisse und Eigenarten junger Menschen zu berücksichtigen;

(3) die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen zu berücksichtigen, Benachteiligungen abzubauen und die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen zu fördern.

Dieser Paragraph fordert nicht nur die noch immer fehlende Gleichberechtigung der Geschlechter ein, sondern weist außerdem auf die Situation der zahlreichen ausländischen Kinder und Jugendlichen in unserer Gesellschaft hin.

Im 2. Absatz wird auf die besondere Berücksichtigung sozialer und kultureller Bedürfnisse hingewiesen. Entsprechend bedarf die Zielgruppe der ausländischen Jugendlichen der besonderen Aufmerksamkeit auch seitens der Jugendarbeit. Um hier hilfreich sein, muss Jugendhilfe Chancen zur Orientierung, Chancen zur Konfrontation, Chancen zu sozialem Lernen eröffnen (Frankfurter Kommentar)

Zu Absatz 3: : Die Vorschrift ist dort relevant, wo den Trägern Gestaltungsspielräume zur Verfügung stehen, wie etwa im gesamten Bereich der Jugendarbeit. Als Grundlage und Ausgangspunkt zeitgemäßer Jugendarbeit gilt heute der Erkenntnis einer geschlechtsspezifischen Diffe-

renzung der Arbeit in Angeboten für Mädchen und Angeboten für Jungen Rechnung zu tragen. Interessen und Bedürfnisse von Mädchen sind in der Jugendarbeitspraxis wahrzunehmen, zu unterstützen, voranzutreiben, um so einer Gesamtverantwortlichkeit von Jugendarbeit gerecht zu werden.

Leistungen der Jugendhilfe

Jugendarbeit im Sinne des Gesetzgebers ist ein Teil der in der Präambel vorgesehenen Förderung der Entwicklung eines jungen Menschen Jugendarbeit und hat als eigenständiger Leistungsbereich innerhalb der ausdifferenzierten Jugendhilfe seinen Platz. Der § 11 hat die Funktion einer „Generalklausel“:

§ 11 Jugendarbeit

(1) Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen.

In dieser Formulierung wird bewusst der Stellenwert der Jugendarbeit für die Gesellschaft und für die Entwicklung Jugendlicher gewürdigt. Der Paragraph bestimmt unmissverständlich, dass Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung gestellt werden müssen. Und: dass bei der Ausgestaltung dieser Aufgabe auf Mitbestimmung und Mitgestaltungsmöglichkeiten von jungen Menschen grundlegend geachtet werden muss. Jugendarbeit ist damit kein fremdbestimmtes Arbeitsfeld. Aber sie kann auch kein gesellschaftsfernes „Inseldasein“ führen. Gleich vorweg genommen: Jugendarbeit bedarf grundsätzlich der Aushandlung zwischen verantwortlichen Fachkräften, politischen Entscheidungsträgern und betroffenen Jugendlichen.

Auf die Bandbreite und Vielfalt des Trägerspektrums und der Arbeitsformen wird in Abs. 2 eingegangen. Wichtig auch, dass neben etablierten Trägern auch Initiativgruppen berücksichtigt werden, was vor allem auch eine öffentlich Förderung möglich macht – unabhängig von der sonst notwendigen Anerkennung nach §75 SGB VIII.

(2) Jugendarbeit wird angeboten von Verbänden, Gruppen und Initiativen der Jugend, von anderen Trägern der Jugendarbeit und den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe. Sie umfasst für Mitglieder bestimmte Angebote, die offene Jugendarbeit und gemeinwesenorientierte Angebote.

Mit der Benennung der Formen der Jugendarbeit (Angebote für Mitglieder, offene Jugendarbeit und gemeinwesenorientierte Angebote) werden zentrale Merkmale und Arbeitsansätze der Jugendarbeit gleichberechtigt hervorgehoben. Durch ein Vermeiden von Zuordnungen an einzelne Träger trägt dem Umstand Rechnung, dass im Arbeitsspektrum der Jugendarbeit Überschneidungen möglich sein müssen. Gleichzeitig haben wir es hier mit einer Mindestanforderung an Jugendarbeit zu tun, die in der Praxis gestaltet sein will.

Der in §1 Abs. 3 formulierte Auftrag an die Jugendhilfe: „positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen...“ ist durch den Hinweis auf gemeinwesenorientierte Angebote auch an die Jugendarbeit adressiert.

(3) Zu den Schwerpunkten der Jugendarbeit gehören:

1. *Außerschulische Jugendbildung mit allgemeiner, politischer, sozialer, gesundheitliche, kultureller, naturkundlicher und technischer Bildung.*
2. *Jugendarbeit in Sport, Spiel und Geselligkeit.*
3. *Arbeitswelt-, schul- und familienbezogene Jugendarbeit.*
4. *Innerdeutsche und internationale Jugendarbeit.*
5. *Kinder- und Jugenderholung.*
6. *Jugendberatung*

(4) Angebote der Jugendarbeit können auch Personen über 27 Jahre in angemessenem Umfang einbeziehen.

Die Formulierung „...Zu den Schwerpunkten...gehören..“ macht deutlich, dass es sich auch bei dieser Aufzählung nicht um einen abgeschlossenen Aufgabenkatalog handelt, sondern dass damit sogenannte „Minimalanforderungen“ benannt sind. Dieser Mindeststandard ist deshalb jederzeit erweiterbar. Die genannten Handlungsfelder bilden jedoch die Charakteristik der Jugendarbeit ab: Bildung auf breiter Ebene im außerschulischen Bereich (z.B. nicht-formale und informelle Bildung), Ergänzung und Unterstützung durch Lebensweltbezug (Schule, Beruf, Familie), Geselligkeit und Erholung, Interkulturelle Angebote, und beratende Tätigkeiten als integrative Bestandteile der Jugendarbeit.

Der § 11 weist der Jugendarbeit deutliche Aufgaben zu, die angegebenen Ziele, Formen und Handlungsbereiche beschreiben gleichzeitig die Grundlagen einer fachlichen Ausgestaltung der Arbeit. Eine Rechtsverpflichtung zur Erfüllung aller genannten Felder ist jedoch nicht gegeben. In den Frankfurter Kommentaren heißt es dazu: *“Da es sich bei der Umsetzung des § 11 in der Praxis insgesamt eher um allgemeine Förderungsangebote handelt, die sich nicht auf subjektive Rechte beziehen können, wird im Allgemeinen die finanzielle Ausgestaltung der Infrastruktur und ihre Absicherung durch den öffentlichen Träger nicht rechtlich, sondern im wesentlichen nur jugendpolitisch durchsetzbar sein.*

Nach der rechtssystematischen Einordnung ist nicht die Jugendarbeit als solche, sondern die Nutzung der einzelnen Angebote der unterschiedlichen Träger eine Leistung der Jugendhilfe. *„Es handelt sich dabei nicht um individuelle oder individualisierbare Dienst-, Sach- oder Geldleistungen, sondern um eine Teilnahme an allgemein zugänglichen Veranstaltungen ... nach einem örtlichen, im Rahmen der Jugendhilfeplanung (§80) ermittelten Bedarf...Besteht also hinsichtlich des „Wie“ ein weiter kommunaler Gestaltungsspielraum, der durch die Vorgaben der Jugendhilfeplanung strukturiert wird, so besteht hinsichtlich des „Ob“ eine unbedingte Verpflichtung. Der Einsatz finanzieller Mittel für die Jugendarbeit ist also keine „freiwillige“ Aufgabe der Träger der öffentlichen Hilfe (Frankfurter Kommentar.)*

Daraus ergibt sich auch die besonders hervorgehobene

§ 12 Förderung der Jugendverbände

(1) Die eigenverantwortliche Tätigkeit der Jugendverbände und Jugendgruppen ist unter der Wahrung ihres satzungsgemäßen Eigenlebens nach § 74 zu fördern.

Die übliche Förderung der Jugendverbände geschieht in der Regel durch:

- Bezuschussung von Personalkosten, Maßnahmen und Projektförderungen
- Zur Verfügungsstellung von Räumen, Gebäuden und Grundstücken
- Fachberatung

- Zusammenarbeit zwischen Hauptamtlichen von freien und öffentlichen Trägern
- Initiierung des Fachaustauschs dieser Hauptamtlichen
- Fortbildungsveranstaltungen für die Fachkräfte der Jugendarbeit sowie für die ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen.

(2) In Jugendverbänden und Jugendgruppen wird Jugendarbeit von jungen Menschen selbst organisiert, gemeinschaftlich gestaltet und mitverantwortet. Ihre Arbeit ist auf Dauer angelegt und in der Regel auf die eigenen Mitglieder ausgerichtet, sie kann sich aber auch an junge Menschen wenden, die nicht Mitglieder sind. Durch Jugendverbände und ihre Zusammenschlüsse werden Anliegen und Interessen junger Menschen zum Ausdruck gebracht und vertreten.

In diesem letzten Satz dieses Paragraphen 12 wird Jugendverbänden übrigens ausdrücklich das politische Mandat zugesichert! Zu den Jugendverbänden gehören auch die Kreisjugendringe, in denen meist auch Arbeitsgemeinschaften der offenen Jugendarbeit Mitglied sind und so ebenfalls politisch Einfluss nehmen könnten.

Ansonsten wird nirgends die Beteiligungschance für Minderjährige so stark betont wie in der Jugendarbeit. Am ausgeprägtesten findet dies in Verbänden, Gruppen und Initiativen der Jugend statt, doch unterliegen auch die Angebote der öffentlichen Träger dem Ziel, junge Menschen durch Mitbestimmung und Mitgestaltung zur Selbstbestimmung zu befähigen. Entsprechend müssen haupt- und ehrenamtliche Fachkräfte tragfähige personelle Beziehungen zu Jugendlichen herstellen (können), um die Bedürfnisse und Anliegen zu erfahren. Im repressionsfreien Raum der Jugendarbeit öffnen sich Jugendliche oft eher und es kommen die sie betreffenden Problemkonstellationen zur Sprache. Sie brauchen dann verlässliche Gesprächspartner, die wissen, wo sie weitere Hilfe finden können. Hierzu muss der Jugendarbeit durch das politische Mandat grundsätzlich ausreichende Spielräume eröffnet werden, um jungen Menschen die Mit- und Ausgestaltung ihrer Lebenswelt zu ermöglichen.

Mit dem folgenden Leistungsbereich wird ein Arbeitsfeld geregelt, „*das zwischen der allgemeinen Förderung junger Menschen und den individuellen Hilfen zur Erziehung angesiedelt ist und dessen Profil relativ unscharf ist.*“ So eine Rechtsauskunft, die sich mit der Verpflichtung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes beschäftigt. Danach ergeben sich auch für die Jugendarbeit Berührungspunkte:

§ 13 Jugendsozialarbeit

(1) Jungen Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind, sollen im Rahmen der Jugendhilfe sozialpädagogische Hilfen angeboten werden, die ihre schulische und berufliche Ausbildung, Eingliederung in die Arbeitswelt und ihre soziale Integration fördern.

(2) ..., können geeignete sozialpädagogisch begleitete Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen angeboten werden,...

(3) Jungen Menschen kann... Unterkunft in sozialpädagogisch begleiteten Wohnformen angeboten werden.

(4) Die Angebote sollen mit den Maßnahmen der Schulverwaltung, der Bundesanstalt für Arbeit, der Träger betrieblicher und außerbetrieblicher Ausbildung sowie der Träger von Beschäftigungsangeboten abgestimmt werden.

Während die Absätze (2) und (3) schwerpunktmäßig die Eingliederung in die Arbeitswelt beschreiben, umfasst Satz (1) auch alle anderen Formen von Jugendsozialarbeit, die immer bei

sozialer Benachteiligung zum Tragen kommen sollte, wie zum Beispiel auch Mobile Jugendarbeit und Schulsozialarbeit. Die Abgrenzung zur Jugendarbeit zur Jugendarbeit fällt oft sehr schwer. Einrichtungen der Jugendarbeit stehen häufig vor der Situation, dass ihre Angebote gerade von diesen so genannten sozial Benachteiligten angenommen werden und sehen sich zu sozialarbeiterischem Tun gezwungen, um die größte Not abzuwenden.

Gewarnt werden muss aber vor der zunehmenden Tendenz, mit Hilfe einer Umdefinierung von Jugendarbeit hin zur Jugendsozialarbeit Gelder und Ressourcen einsparen zu wollen. Die auf diese Weise der Jugendarbeit im präventiven Bereich fehlenden Ressourcen müssten zum späteren Zeitpunkt sicherlich mit wesentlich höherem Aufwand kompensiert werden. Die Grundregel müsste lauten: Zusätzliche Aufgaben zum Kerngeschäft der Jugendarbeit nach §11 SGB VIII sind nur durch zusätzliche Ressourcen realisierbar. Die Unterscheidung zu den Hilfen zur Erziehung liegen für Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit darin, „... dass die Gründe, die den Entwicklungsprozess behindern, weniger individuelle als gesellschaftlich bedingte Gründe sind“. (aus Frankfurter Kommentare).

An alle Kinder und Jugendliche – nicht nur an unmittelbar gefährdete - hat sich der erzieherische Kinder- und Jugendschutz zu wenden:

§ 14 Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz

(1) Jungen Menschen und Erziehungsberechtigten sollen Angebote des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes gemacht werden.

(2) Die Maßnahmen sollen

1. junge Menschen befähigen, sich vor gefährdenden Einflüssen zu schützen und sie zu Kritikfähigkeit, Entscheidungsfähigkeit und Eigenverantwortlichkeit sowie zur Verantwortung gegenüber ihren Mitmenschen führen,

2. Eltern und andere Erziehungsberechtigte besser befähigen, Kinder und Jugendliche vor gefährdenden Einflüssen zu schützen.

Auch in diesem Bereich spielt die Jugendarbeit eine wesentliche Rolle. Gerade dort wird oft frühzeitig erkannt, wo neue Gefährdungen entstehen und in Gesprächen in der Jugendgruppe oft auch ein Weg zur Vermeidung dieser Gefährdungen gefunden. Ziel der Jugendarbeit ist immer auch die Förderung von Selbständigkeit und Selbstverantwortung und damit den bewussten Umgang mit Gefährdungsmomenten. Aus diesem Grund ist auch bei diesem Aufgabenfeld und der Jugendarbeit eine klare Abgrenzung unmöglich. Aber auch hier gilt das bei § 13 schon angemerkte: Zusätzliche Aufgaben sind nur zeitlich befristet und/oder durch den Einsatz zusätzlicher Ressourcen denkbar.

Anmerkung:

Ergänzend zum erzieherischen Kinder- und Jugendschutz stehen der strukturelle und der gesetzliche Jugendschutz. Die dafür bestehenden Gesetzesgrundlagen werden in einem eigenen Kapitel behandelt. Informationen zum erzieherischen Kinder- und Jugendschutz sind auch von eigenen Beratungseinrichtungen, z.B. Aktion Jugendschutz, zu erhalten. Mit dem verwandten Thema Prävention beschäftigen sich auch die Innenministerien der Länder, hier vor allem die Kriminalpolizeiliche Präventions- und Aufklärungsstelle.)

Träger der Jugendhilfe, Zusammenarbeit, Gesamtverantwortung**§ 69 Träger der öffentlichen Jugendhilfe...**

(1) Träger der öffentlichen Jugendhilfe sind die örtlichen und überörtlichen Träger. Örtliche Träger sind die Kreise und die kreisfreien Städte...

(3) Jeder örtliche Träger errichtet für junge Menschen und ihre Familien ein Jugendamt...

(5) Kreisangehörige Gemeinden und Gemeindeverbände, die nicht örtliche Träger sind, können für den örtlichen Bereich Aufgaben der Jugendhilfe wahrnehmen. Die Planung und Durchführung dieser Aufgaben ist in den wesentlichen Punkten mit dem örtlichen Träger abzustimmen; dessen Gesamtverantwortung bleibt unberührt...

Da Jugendarbeit weiter vorne eindeutig als wesentlicher Bestandteil der Jugendhilfe definiert wurde, ergibt sich nun hieraus der gesetzliche Auftrag des örtlichen Trägers, auch im Bereich der Jugendarbeit tätig zu werden. Zumal die Bedeutung der Abstimmung und Gesamtverantwortung soll hier hervorgehoben werden. Entsprechend resultiert aus diesem Absatz auch der Beratungsauftrag für Fachkräfte der Jugendämter im Hinblick auf die kreisangehörigen Städte und Gemeinden, die zunehmend einen wesentlichen Beitrag zur strukturellen Förderung Jugendarbeit leisten.

§ 72 Mitarbeiter, Fortbildung

(1) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen bei den Jugendämtern... hauptberuflich nur Personen beschäftigen, die sich für die jeweilige Aufgabe nach ihrer Persönlichkeit eignen und eine dieser Aufgabe entsprechende Ausbildung erhalten haben (Fachkräfte) oder aufgrund besonderer Erfahrungen in der sozialen Arbeit in der Lage sind, die Aufgabe zu erfüllen.

So weit die jeweilige Aufgabe dies erfordert, sind mit ihrer Wahrnehmung nur Fachkräfte oder Fachkräfte mit entsprechender Zusatzausbildung zu betrauen. Fachkräfte verschiedener Fachrichtungen sollen zusammenwirken, so weit die jeweilige Aufgabe dies erfordert.

(2) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben Fortbildung und Praxisberatung der Mitarbeiter es Jugendamtes... sicherzustellen.

Hier wird besonders deutlich, dass die hohen Anforderungen der Jugendhilfe und der Jugendarbeit nicht allein durch ehrenamtliches Engagement zu bewältigen sind. Der Gesetzgeber erkennt die Notwendigkeit hoher Professionalität und fordert sie hier ein.

Darüber hinausgehend wird die Sicherstellung von Fortbildung und Praxisberatung als Pflichtaufgabe der Träger gesetzlich verankert.

Zusammenarbeit mit der freien Jugendhilfe, ehrenamtliche Tätigkeit

§ 73 Ehrenamtliche Tätigkeit

In der Jugendhilfe ehrenamtlich tätige Personen sollen bei ihrer Tätigkeit angeleitet, beraten und unterstützt werden.

In kaum einem anderen Bereich der Jugendhilfe sind so viele Ehrenamtliche tätig wie in der Jugendarbeit. Entsprechend hoch sind hier die notwendigen Unterstützungsangebote anzusetzen. Die Sollbestimmung ist als Leistungsverpflichtung anzusehen. Für die Begriffsdefinition der Ehrenamtlichkeit weist der Frankfurter Kommentar für die Jugendarbeit eine Doppelbedeutung aus, die beide bei der Förderverpflichtung durch den öffentlichen Träger zu berücksichtigen sind. : Zum einen mit dem Schwerpunkt auf der unentgeltlichen sozialen Tätigkeit, zum anderen aber auch auf dem des jugendpolitischen Engagements.

§ 74 Förderung der freien Jugendhilfe

(1) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen die freiwillige Tätigkeit auf dem Gebiet der Jugendhilfe anregen; sie sollen sie fördern, wenn der jeweilige Träger

- 1. die fachlichen Voraussetzungen für die geplante Maßnahme erfüllt,*
- 2. die Gewähr für eine zweckentsprechende und wirtschaftliche Verwendung der Mittel bietet,*
- 3. gemeinnützige Ziele verfolgt,*
- 4. eine angemessene Eigenleistung erbringt und*
- 5. die Gewähr für eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit bietet.*

Eine auf Dauer angelegte Förderung setzt in der Regel die Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 voraus.

(2) Soweit von der freien Jugendhilfe Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen geschaffen werden, um die Gewährung von Leistungen nach diesem Buch zu ermöglichen, kann die Förderung von der Bereitschaft abhängig gemacht werden, diese Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen nach Maßgabe der Jugendhilfeplanung und unter Beachtung der in § 9 genannten Grundsätze anzubieten. § 4 Abs. 1 bleibt unberührt.

(3) Über die Art und Höhe der Förderung entscheidet der Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel nach pflichtgemäßem Ermessen. Entsprechendes gilt, wenn mehrere Antragsteller die Förderungsvoraussetzungen erfüllen und die von ihnen vorgesehenen Maßnahmen gleich geeignet sind, zur Befriedigung des Bedarfs jedoch nur eine Maßnahme notwendig ist. Bei der Bemessung der Eigenleistung sind die unterschiedliche Finanzkraft und die sonstigen Verhältnisse zu berücksichtigen.

(4) Bei sonst gleich geeigneten Maßnahmen soll solchen der Vorzug gegeben werden, die stärker an den Interessen der Betroffenen orientiert sind und ihre Einflussnahme auf die Ausgestaltung der Maßnahme gewährleisten.

(5) Bei der Förderung gleichartiger Maßnahmen mehrerer Träger sind unter Berücksichtigung ihrer Eigenleistungen gleiche Grundsätze und Maßstäbe anzulegen.

Werden gleichartige Maßnahmen von der freien und der öffentlichen Jugendhilfe durchgeführt, so sind bei der Förderung die Grundsätze und Maßstäbe anzuwenden, die für die Finanzierung der Maßnahmen der öffentlichen Jugendhilfe gelten.

(6) Die Förderung von anerkannten Trägern der Jugendhilfe soll auch Mittel für die Fortbildung der haupt-, neben- und ehrenamtlichen Mitarbeiter sowie im Bereich der Jugendarbeit Mittel für die Errichtung und Unterhaltung von Jugendfreizeit- und Jugendbildungsstätten einschließen.

§ 75 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe

(1) Als Träger der freien Jugendhilfe können juristische Personen und Personenvereinigungen anerkannt werden, wenn sie

- 1. auf dem Gebiet der Jugendhilfe im Sinne des §1 tätig sind.*
- 2. gemeinnützige Ziele verfolgen,*
- 3. aufgrund der fachlichen und personellen Voraussetzungen erwarten lassen, dass sie einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Erfüllung der Aufgaben der Jugendhilfe zu leisten imstande sind und*
- 4. die Gewähr für einen den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit bieten.*

(2) Einen Anspruch auf Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe hat unter den Voraussetzungen des Absatzes 1, wer auf dem Gebiet der Jugendhilfe mindestens drei Jahre tätig gewesen ist.

(3) Die Kirchen und Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts sowie die auf Bundesebene zusammengeschlossenen Verbände der freien Wohlfahrtspflege sind anerkannte Träger der freien Jugendhilfe.

Die Anerkennung erfolgt in der Regel nach den von den obersten Landesjugendbehörden verabschiedeten „Grundsätze für die Anerkennung von Trägern der freien Jugendhilfe“.

Nach Absatz 3 gelten verschiedenste Institutionen kraft ihrer gesellschaftlichen Bedeutung bereits als anerkannt. Die Anerkennung kann sich auch nur auf den Bereich der Jugendarbeit beschränken. Grundsätzlich ist sie Voraussetzung für jede dauernde Förderung.

Der § 74 gilt übrigens als einer der strittigsten Paragraphen des KJHG. Er besagt, dass Jugendarbeit gefördert werden muss, aber eben nur im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel und nach pflichtgemäßem Ermessen. Diese völlig offene Formulierung bringt in der Praxis regelmäßig Probleme mit sich, weil "die Politik" den Ermessensspielraum häufig anders auslegt als dies aus Sicht der Jugendarbeit sinnvoll wäre. Der Landesjugendring Baden-Württemberg hat sich deshalb ein Rechtgutachten erstellen lassen, aus dem sich die grundsätzliche Aussage entnehmen lässt, dass die Jugendarbeit bei weitem nicht so rechtlos ist, wie Geldgeber oft suggerieren. Wer sich hier tiefer einarbeiten will, dem sei hier noch einmal die Arbeitshilfe für Rechtsfragen in der Jugendarbeit ans Herz gelegt. Beides unter www.ljr-bw.de im Servicebereich bestellbar.

Der Vollständigkeit halber soll hier anschließend ein Sprung direkt zu § 80 KJHG, dem "Jugendhilfeplanungsparagraph" gemacht werden. Dieser Paragraph ist den oben genannten

Rechtsgutachten zufolge grundlegend für Fragen der Förderung der Jugendarbeit. Er besagt, dass der Bedarf an Angeboten ermittelt werden muss und v.a. die Umsetzung rechtzeitig und ausreichend geplant werden muss. Und ganz wichtig: Die anerkannten Träger der Jugendhilfe sind in allen Phasen der Planung frühzeitig zu beteiligen.

§ 80 Jugendhilfeplanung

(1) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben im Rahmen ihrer Planungsverantwortung

- 1. den Bestand an Einrichtungen und Diensten festzustellen,*
- 2. den Bedarf unter Berücksichtigung der Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der jungen Menschen und der Personensorgeberechtigten für einen mittelfristigen Zeitraum zu ermitteln und*
- 3. die zur Befriedigung des Bedarfs notwendigen Vorhaben rechtzeitig und ausreichend zu planen; dabei ist Vorsorge zu treffen, dass auch ein unvorhergesehener Bedarf befriedigt werden kann.*

(2) Einrichtungen und Dienste sollen so geplant werden, dass insbesondere

- 1. Kontakte in der Familie und im sozialen Umfeld erhalten und gepflegt werden können,*
- 2. ein möglichst wirksames, vielfältiges und aufeinander abgestimmtes Angebot von Jugendhilfeleistungen gewährleistet ist,*
- 3. junge Menschen und Familien in gefährdeten Lebens- und Wohnbereichen besonders gefördert werden,*
- 4. Mütter und Väter Aufgaben in der Familie und Erwerbstätigkeit besser miteinander vereinbaren können.*

(3) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe in allen Phasen ihrer Planung frühzeitig zu beteiligen. Zu diesem Zweck sind sie vom Jugendhilfeausschuss, soweit sie überörtlich tätig sind, im Rahmen der Jugendhilfeplanung des überörtlichen Trägers vom Landesjugendhilfeausschuss zu hören. Das Nähere regelt das Landesrecht.

(4) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen darauf hinwirken, dass die Jugendhilfeplanung und andere örtliche und überörtliche Planungen aufeinander abgestimmt werden und die Planungen insgesamt den Bedürfnissen und Interessen der jungen Menschen und ihrer Familien Rechnung tragen. „

Grundlage für eine verantwortliche, umfassende Jugendarbeit ist die konzeptionelle, planerische Arbeit, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen und freien Jugendarbeit leisten. Gemeint sind hierbei sowohl Beiträge zur Jugendhilfeplanung, als auch Seminarplanungen, das Erstellen von Jugendhauskonzeptionen, perspektivischen Entwicklungs- und Problemlösungsprogrammen und vieles mehr. Die Jugendarbeit hat insbesondere die Aufgabe, kreative Formen zur Ermittlung der Bedürfnisse und Interessen junger Menschen und ihrer Beteiligung an der Jugendhilfeplanung zu entwickeln.

Generell sollten sich die Planungsansätze an folgenden Grundsätzen orientieren:

- Sozialraumorientierung statt quantitativer Flächendeckung
- Lebensweltorientierung statt Einrichtungsplanung

- offene Prozessplanung statt statischer Festschreibung
- Einmischung statt Abgrenzung
- (fach-)politischer Diskurs statt Konfliktvermeidung
- Beteiligung statt Ausgrenzung (Frankfurter Kommentar)

Kommunale Fachkräfte wie freie Träger der Jugendarbeit - d.h. alle, die sich selbst als Faktor im fachpädagogischen und jugendpolitischen Feld definieren, müssen sich ihre Position und Relevanz immer wieder neu erkämpfen. Sich in Jugendhilfeplanung einzumischen ist dafür besonders geeignet, weil Jugendhilfeplanung fachlich diskutiert werden muss und - zumindest was den Teilbereich der Jugendarbeit angeht - sind es die vor allem diejenigen, bei denen sich aufgrund der Basisarbeit und dem Überblick der Sachverstand bündelt. Nichts liegt deshalb näher, als im Planungsbereich in die Offensive zu gehen. Eine starke, fachlich fundierte Einmischung unterstützt die Jugendarbeit insgesamt und hilft, ein bedarfsgerechtes Angebot für Kinder und Jugendliche zu entwickeln und weiterzuentwickeln.

Für die Träger der öffentlichen Jugendhilfe besteht übrigens eine weitere zwingende Verpflichtung zur Zusammenarbeit im Sozialraum und Lebensfeld von Familien, Kindern und Jugendlichen:

§ 81 Zusammenarbeit

Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben mit anderen Stellen und öffentlichen Einrichtungen, deren Tätigkeit sich auf die Lebenssituation junger Menschen und ihrer Familien auswirkt, insbesondere mit

- 1. Schulen und Stellen der Schulverwaltung,*
- 2. Einrichtungen und Stellen der beruflichen Aus- und Weiterbildung,*
- 3. Einrichtungen und Stellen des öffentlichen Gesundheitsdienstes und sonstigen Einrichtungen des Gesundheitsdienstes,*
- 4. den Stellen der Bundesanstalt für Arbeit,*
- 5. den Trägern anderer Sozialleistungen,*
- 6. der Gewerbeaufsicht,*
- 7. den Polizei- und Ordnungsbehörden und*
- 8. den Einrichtungen der Ausbildung für Fachkräfte, der Weiterbildung und der Forschung im Rahmen ihrer Aufgaben und Befugnisse zusammenzuarbeiten.*

Auch die Fachkräfte der Jugendarbeit sind in oben genanntem Sinne inhaltlich und strukturell planerisch tätig. Dies ermöglicht ihnen, Stellungnahmen zu verfertigen, Öffentlichkeitsarbeit zu leisten und Referententätigkeit wahrzunehmen. Sie nehmen Arbeit an Schnittstellen mit anderen Ämtern und Planungseinrichtungen vor (Bauamt, Arbeitsamt, Architektenbüros, Kommunalamt ...). Sie übernehmen Vernetzungsarbeit im Sinne einer Zusammenführung verschiedener Einrichtungen mit dem Ziel der Kooperation. Die Verwaltung von Finanzen für die Jugendarbeit gehört zu den originären Aufgaben. In ihrer Planungs- und Beratungsarbeit treffen die Fachkräfte mit Einzelpersonen und Gruppen, Politikern, Bürgermeistern, Schulen und Ausbildungsstätten, Trägern der freien und öffentlichen Jugendhilfe zusammen. In engem Zusammenhang dazu nun die Ausführung zur

Gesamtverantwortung, Jugendhilfeplanung

§ 79 Gesamtverantwortung, Grundausrüstung

(1) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben für die Erfüllung der Aufgaben nach diesem Buch die Gesamtverantwortung...

(2) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen gewährleisten, dass die zur Erfüllung der Aufgaben nach diesem Buch erforderlichen Aufgaben nach diesem Buch erforderlichen und geeigneten Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen den verschiedenen Grundrichtungen der Erziehung der Erziehung entsprechend rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen,

... Von den für die Jugendhilfe bereitgestellten Mitteln haben sie einen angemessenen Anteil für die Jugendarbeit zu verwenden.

(3) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben für eine ausreichende Ausstattung der Jugendämter ... zu sorgen; hierzu gehört auch eine dem Bedarf entsprechende Zahl von Fachkräften.

Hier fällt vor allem auch der Begriff der Angemessenheit auf. Dieser ist nicht näher definiert. Fachlich ist jedoch sicher, dass im Sinne des Gesetzes sicherlich nicht damit genüge getan wird, wenn sich die Aufwendungen für die Jugendarbeit nach Promille der Gesamtmittel errechnen lassen. Hier besteht eine Aufgabe der Jugendhilfeplanung, auf eine ausreichende Ausstattung für die Jugendarbeit hinzuwirken.

Noch mal einen Schritt zurück: Eine Form der Mitwirkung an der Jugendhilfeplanung kann nicht nur im Jugendhilfeausschuss, sondern auch ganz praktisch in den vom Gesetzgeber vorgesehenen Arbeitsgemeinschaften geschehen:

§ 78 Arbeitsgemeinschaften

Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen die Bildung von Arbeitsgemeinschaften anstreben, in denen neben ihnen die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe sowie die Träger geförderter Maßnahmen vertreten sind. In den Arbeitsgemeinschaften soll darauf hingewirkt werden, dass die geplanten Maßnahmen aufeinander abgestimmt werden und sich gegenseitig ergänzen.

Hier werden vom Gesetzgeber Arbeitsgruppen gefordert, die im Sinne einer Vernetzung ihre Aktivitäten aufeinander abstimmen sollen. Dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe fällt dabei insbesondere die Aufgabe der Koordinierung und Anleitung dieser AGs zu. Für die Jugendarbeit ist wichtig, dass nicht nur öffentlich anerkannte Träger beteiligt werden sollen, sondern auch Initiativen, deren Maßnahmen gefördert werden. Eine wichtige Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft kann sein, bedeutende Fragen der Jugendarbeit für den Jugendhilfeausschuss vorzuklären. In welchem Umfang eine Arbeitsgemeinschaft Einfluss nehmen kann, soll das im Anhang bereitgestellte Beispiel eines „Facharbeitskreises Jugendarbeit“ verdeutlichen.

Achtes Kapitel - „Heranziehung zu den Kosten, Kostenerstattung“

§ 90 Erhebung von Teilnahmebeiträgen

(1) Für die Inanspruchnahme von Angeboten

1. der Jugendarbeit ... können Teilnahmebeiträge oder Gebühren festgesetzt werden...

(2) In den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 ... kann der Teilnahmebeitrag oder die Gebühr auf Antrag ganz oder teilweise erlassen oder vom Träger der öffentlichen Jugendhilfe übernommen werden, wenn die Förderung für die Entwicklung des jungen Menschen erforderlich ist.

Abs. 2 bietet die Möglichkeit, jungen Menschen die Teilnahme an Ferienfreizeiten oder anderen kostenrelevanten Maßnahmen der Jugendarbeit zu ermöglichen, die aus finanziellen Gründen sonst ausgeschlossen wäre. Für die Frage, ob die jeweiligen Maßnahmen für die Entwicklung pädagogisch erforderlich sind, hat der örtliche Träger entsprechende Kriterien zu entwickeln und für die Bereitstellung der erforderlichen Mittel Sorge zu tragen. Laut Frankfurter Kommentar ist die Erforderlichkeit bereits gegeben, „wenn durch die ... Leistungen die allgemeine Entwicklung, die Sozialisationsbedingungen für den Minderjährigen positiver gestaltet werden.“

Neuntes Kapitel - „Kinder- und Jugendhilfestatistik“

§ 98 Zweck und Umfang ...

Zur Beurteilung der Auswirkungen der Bestimmungen dieses Buches und zu seiner Fortentwicklung sind laufende Erhebungen über...

(8) mit öffentlichen Mitteln geförderte Angebote der Jugendarbeit als Bundesstatistik durchzuführen.

§ 102 Auskunftspflicht

(2) Auskunftspflichtig sind ... (in Verbindung mit § 15 BStatG)

1. die örtlichen Träger der Jugendhilfe.

5. die kreisangehörigen Gemeinden ... so weit sie Aufgaben der Jugendhilfe ... wahrnehmen

6. Träger der freien Jugendhilfe ...

7. die Leiter der Einrichtungen, Behörden und Geschäftsstellen in der Jugendhilfe ...

(3) Zur Durchführung der Erhebungen... übermitteln die Träger der öffentlichen Jugendhilfe den statistischen Ämtern der Länder auf Anforderung die erforderlichen Anschriften der übrigen Auskunftspflichtigen.

Die örtlichen Träger der Jugendhilfe sind verpflichtet die Anschriften der Gemeinden und freien Träger mitzuteilen, die auskunftspflichtig sind, wenn sie Angebote der Kinder- und Jugendarbeit

machen und ebenso über ihre eigenen Maßnahmen und Mitarbeiter/innen Auskunft zu erteilen. Dies bezieht sich auf folgende Teile der Statistik der Jugendhilfe:

- Teil II: Maßnahmen der Jugendarbeit
- Teil III: Einrichtungen und tätige Personen einschließlich der örtlichen Geschäftsstellen von Jugendverbänden und Jugendringen. (Zu den Einrichtungen der Jugendhilfe zählen nicht nur Erziehungsheime, sondern ebenso Jugendzentrum, pädagogisch betreute Spielplätze, Jugendbildungsstätten etc.!)
- Teil IV: Ausgaben und Einnahmen für die Jugendhilfe aller öffentlichen Träger, also auch der kreisangehörigen Gemeinden ohne Jugendamt, wenn diese Angebote der Kinder- und Jugendarbeit durchführen oder bezuschussen.

Wer will, dass diese Statistik auch im Sinne einer Planungsgrundlage verwendet werden kann, muss natürlich Sorge dafür tragen, dass die jeweiligen Anfragen umfassend beantwortet werden. Allerdings lässt sich immer wieder feststellen, dass mit Zahlen und landesweiten Übersichten die Jugendarbeit nur wenig überzeugende Argumente findet. Wir sollten uns deshalb zwar auch den Überblick: „Wer macht was wo mit wie viel Geld und Personal“ gönnen, aber statt auf Zahlen zu spielen, eher an den Inhalten arbeiten.